

Bundessteuern sollen anders verteilt werden

Eine andere Verteilung der Bundessteuern fordert die Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS). Derzeit werde Wien gegenüber anderen Bundesländern bevorzugt, kritisiert der IWS-Geschäftsführer und frühere ÖVP-Bundesrat Gottfried Kneifel.

Die Zahlen, die die Initiative für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich erhoben hat, sind eindeutig. Wien kann mit 740 Euro pro Einwohner aus den Bundesertragsanteilen rechnen. Das sind die Steuern, darunter die Mehrwert- oder Körperschaftsteuer, die der Bund einhebt und dann zum Teil an Länder und Gemeinden weitergibt. Die anderen Bundesländer dagegen erhalten deutlich weniger pro Kopf. Nummer zwei ist Kärnten mit 581 Euro, Oberösterreich bekommt 561 Euro pro Einwohner. Das zeigen laut IWS Zahlen des Finanzministeriums.

Kneifel: Unfares System

IWS-Chef Gottfried Kneifel kritisiert, dass dieses System unfair sei. Er will, dass jeder Bürger in jedem Bundesland gleich viel wert ist. Sein Vorschlag ist, zuerst zu berechnen, was jedes Bundesland an überregionalen - also bundesweiten - Leistungen erbringt und diese durch Bundessteuern finanzieren. Der restliche Steuerkuchen sollte dann so aufgeteilt werden, dass jedes Bundesland pro Einwohner gleich viel bekommt.

Historisches Relikt

Die derzeitige Bevorzugung Wiens hält Kneifel für ein historisches Relikt. Sie sei nach dem Krieg eingeführt worden, um die Aufarbeitung der Bombenschäden in der Bundeshauptstadt zu ermöglichen. Von heute auf morgen sei eine Umstellung nicht möglich, aber vielleicht beim nächsten Finanzausgleich 2021, so Kneifel.

Links:

- [Initiative Wirtschaftsstandort OÖ](#)

21.01.2019

[mehr Oberösterreich-News ▶](#) Social-Media-Dienste aktivieren

Ganz Österreich



▶ OÖ-News

▶ OÖ heute

▶ Radio OÖ

▶ Fernsehen

▶ Landesstudio
Kontakt